

**Niederschrift über die  
Sitzung des Kreistags am 10.07.2017**

Ort: in der Sporthalle der Nachbarschaftsschule in den Berglen, Stockwiesen 1, 73663 Berglen-  
Oppelsbohm

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

78 Kreisrätinnen und Kreisräte: Sturm (ab 14:45 Uhr), Goll (ab 16:05), Kölz (ab 17:00  
Uhr), Lenk (bis 17:20 Uhr), Auer (bis 17:20 Uhr)

Entschuldigt: Breiter, Theile, Dr. von Pollern (CDU)  
Berger (SPD)  
Dannenmann (Freie Wähler)  
Dr. Fleischer (Grüne)  
Meißner, Hofer, Payr (FDP-FW)  
Hinrichsen (DIE LINKE)

Ferner: Finanzdezernent Geißler  
Verkehrsdezernent Dr. Zaar  
Dezernentin Hülle  
Sozialdezernentin Bittinger  
Geschäftsführer Rems-Murr-Kliniken  
Dr. Nickel (Top 2)  
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises  
Gäste  
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:40 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 2

Öffentlich

## § 1

### Neukonzeption Fachstelle Rechtsextremismus

#### Drucksache 2017/057/01

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und bittet die Sprecher der Fraktionen und Gruppen um ihren Redebeitrag.

Der Kreistag lehnt den Geschäftsordnungsantrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

Über den nachstehenden Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige erfolgt geheime Abstimmung

Kreisrätin **Jenner-Wanek** führt für die **CDU-Fraktion** aus:

„Als ich gestern Abend den Fernseher ausgeschaltet habe, habe ich gedacht, eigentlich viel sagen müsste ich heute nicht mehr, es ist ja alles klar. Die Bilder die man gesehen hat, das ist ja unglaublich. Aber nun weiß ich dass es auch andere Meinungen gibt und die Bitte evtl. kommt dies auf Kreisebene zu sehen. Und aus diesem Grund werde ich dies gerne in unserem Statement abgeben.

Ja es war im Jahr 2000 richtig diese Fachstelle gegen Rechtsextremismus einzurichten und es war richtig diesen ersten Tendenzen entgegen zu wirken und präventiv gegen diese Strömungen vorzugehen. Die Ergebnisse haben dies gezeigt, die Straftaten gingen nach der Festnahme mehrerer Täter zurück, die vorbeugenden Maßnahmen haben gegriffen. Das war damals wichtig und das ist auch heute noch extrem wichtig. Allerdings, das Ergebnis der Verharmlosung der linksextremistischen war am Wochenende brutal sichtbar. Wohin es allerdings führt, Links- und Rechtsextremismus unterschiedlich zu behandeln zeigt uns Hamburg überdeutlich – es führt ins Chaos. Die Tolerierung und Verklärung von Linksextremismus ist endgültig vorbei. Linksextremismus ist nicht chic!!!

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 3

Öffentlich

Aufgrund des CDU-Antrags wurde die Konzeption der Stelle neu überarbeitet, dafür vielen Dank und der Name wurde auch geändert, allerdings unseres Erachtens nicht glücklich und auch nicht so wie es korrekt sein muss.

Die Welt heute bei uns kämpft an mehreren Fronten und das müssen wir erkennen und benennen. Laut LKA-Zahlen wurden im Jahr 2016 –rund 5x mehr Delikte im Linksradikele Bereich registriert wie in rechtsradikalele Bereich. Im Rems-Murr-Kreis wurden 8x mehr Gewalttaten im linksextremistischele Bereich als im rechtsextremistischele Bereich registriert. Diese hohe Gewaltbereitschaft von links ist alarmierend! Wir können uns dieser Tatsache nicht mehr verschließen. Zeiten wandeln sich und wir sind gerade in einer Phase in der extremistische Straftaten nicht nur von rechts und links sondern auch von völlig anderen Seiten begangen werden. Wir müssen unseren Fokus daher auf alle auffälligen Gruppierungen richten! Rechtsradikale Propagandaumtriebe müssen genau so bekämpft werden wie die islamistischele, radikalele Einflussversuche und die gewalttätigele Umtriebe der linksradikalele Gruppen. Im rechtsradikalele Milieu schreitet die Polizei schon sehr früh niederschwellig ein, das soll auf jeden Fall so bleiben, dafür großele Dank. Im linksradikalele Bereich gibt es weniger Propaganda Taten es entsteht viel aus der Situation daher ist unserele Erachtens Prävention ungeheure wichtig. Gewalt gegen die Polizei, Privatpersonen und Sachen kann auf garkeinen Fall verharmlost oder ignoriert werden. Bundesweit steigen die islamistischele motiviertele Taten deutlich an, erst seit diesem Jahr werden die Zahlen extra ausgewiesen, so dass noch keine vergleichendele Werte vorhanden sind. Uns ist jedoch allen bekannt, was für Katastrophen geschehen sind, bei uns in Deutschland und im Ausland. Hier muss von der Fachstelle eindeutig ein weiterele präventivele Schwerpunkt gelegt werden. Schon im Jahr 2015 wurde von der altele grün/rotele – man höre-rotele/grünele – Landesregierung ein Kompetenzzentrum gegen Extremismus gegründet! Nicht links, nicht rechts, nicht islamischele Extremismus sondern Extremismus, das was wir hier auch möchtele. Soweit mir bekannt ist hat kein Landkreis eine ähnliche Stelle geschaffen wie wir, wir solltele sie daher bewahren aber nur wenn sie auch breit aufgestellt ist. Es ist für uns unverständlichele, dass der Name unserele Fachstelle nicht auch die Bekämpfung aller extremele Strömungele beinhalten soll. Diese Stelle muss einen breitele Aktionsradius haben, nur dann ist sie effektiv und auf den neustele Stand. Sollte die Frauenpower der Stelle nicht ausreichen kann man sich von außen Unterstützung holen, an der Kapazität darf es nicht scheitern! Man solltele das Eine tun ohne das Andere zu lassen, man muss weiterhin gegen Rechtsextremismus kämpfen aber auch gegen andere Strömungele die unsere Demokratie gefährden. Die richtige Bezeichnung im Namen ist wichtig und zeigt, dass wir

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 4

Öffentlich

gegen jeglichen politischen Extremismus kämpfen, jetzt mehr denn je. Was in der Packung drin ist soll auch auf der Packung drauf stehen! Daher bitten wir Sie – nein wir fordern sie auf – den Namen der Stelle zu ändern in: 'Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismus Prävention' Vielen Dank für Ihre Unterstützung.“

Kreisrat **Hestler** nimmt für die **SPD-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es kann gut sein, dass die Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 in die Geschichtsbücher als die Nacht mit den bisher schlimmsten Gewaltexzessen in die Geschichte der BRD eingeht. Ich hab ja Verständnis, wenn einige Kreisräte, die erste hat es schon getan, diese Ereignisse am Rande des G 20 Gipfels für die heutige Debatte instrumentalisieren. Aber es wird nicht gelingen. Der Rems-Murr-Kreis ist nicht Hamburg. Heute geht es darum, was eine junge Frau, sie sitzt hier, in Dienste des Kreise leisten kann und leisten soll. Darum geht es.

Die Krawallmacher im Schanzenviertel sind kriminelle Idioten. Mordbrenner und schwerstkriminelle Gewalttäter. Sie sind aus ganz aus Europa nach Hamburg gereist mit dem einzigen Ziel Rabatz zu machen, fürs sie ist Gewalt Selbstzweck, mit politischer Ideologie hat es nichts mehr zu tun. Diese Krawallbrüder haben es nicht mal verdient Anarchisten genannt zu werden. Sie gehören schlicht hinter Schloss und Riegel. Mein Mitgefühl gilt den Polizisten, die den Kopf hingehalten haben. Es kann nicht zugelassen werden, dass reichsfreie Zonen in Großstädten entstehen, da sind wir uns glaube ich einig. Ein ehemaliger Deutscher Kanzler ein Mitglied einer Christdemokratischen Partei ist mit einem Satz schon in die Geschichte eingegangen. Dieser Satz lautet:

‘Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.’

Gesagt hat dies Josef Würth, der Zentrumspartei am 25.06.1922 im Reichstag am Schluss einer Gedenkrede zum Tode von Außenminister Walter Rathenau von der DVB. Dieser war am Tag zu vor von 3 jungen Männern aus dem rechtsnationalen Milieu ermordet worden. Vorausgegangen war

eine beispiellose Hetzkampagne gegen die christlich liberale Koalition. Am bekanntesten war das Hetz Lied mit dem Refrain:

‘Haut zum Krüppel den Wirth, schlägt tot den Walter Rathenau, die gottverdammte Judensau’

Die 3 jungen Männer haben diesen Aufruf wörtlich genommen. Heute würde man sagen, sie haben sich als Speerspitze und Vollstrecker des Volkswillens gesehen. Die Geschichte hat den Christdemokraten Josef Wirth leider Recht gegeben. Ich bin stolz dass wir im Rems-Murr-Kreis aus der Geschichte gelernt und als einziger Landkreis im Bundesgebiet eine Fachstelle Rechtsextremismus angeregt hat. Ich gebe überall damit an. Der Stelle zugeordnet ist, ein beratender Fachbeirat, Sitz und Stimme haben alle gesellschaftlich relevanten Gruppen. Alles Menschen, die nach meiner Beobachtung auf beiden Seiten die volle Sehkraft haben. Vor 2 Jahren hat man diesem Fachbeirat den Auftrag gegeben, die Konzeption der Fachstelle zu überarbeiten. Wir haben nach links und nach rechts geschaut, sogar die Ohren angesetzt nach Links und nach rechts gehört und festgestellt dass die Feinde der Demokratie im Rems-Murr-Kreis im Moment vor allem in der rechten Ecke lauern. Hier zu Lande bedroht ein Bazillus die Menschen und der nennt sich wissenschaftliche GMF. Gemeint ist die sich ausbreitende Gesellschaftskrankheit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Sie tritt vor allem bei Rechtsextremisten auf. Wir waren uns einig präventiv bei Jugendlichen vorzugehen und haben die ganze Konzeption darauf abgerichtet und dann haben wir einen Titel gesucht, der den Inhalt der Konzeption eins zu eins wiedergeben sollte und kamen nach einigen Diskussionen auf die etwas sperrige Formulierung: Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention. Damit wollten wir deutlich machen, da bestand Einigkeit, dass wir alle Feinde der Demokratie bekämpfen, im Moment aber die größte Gefahr im Rems-Murr-Kreis bei Extremisten von rechts sehen und deshalb den Schwerpunkt auf Prävention bei Jugendlichen gelegt. Am Ende dieser Sache soll die Konzeption evaluiert werden. Vielleicht gibt es dann neue Schwerpunkte, wenn sich sowas wie in Hamburg hier im Rems-Murr-Kreis zeigen sollte. Ich bin stolz, dass wir, diese Konzeption und die Bezeichnung der Fachstelle im Fachbereich einstimmig beschlossen haben. Alle waren dafür. Die Vertreter der Kirchen, der Schulamts, der Volkshochschulen, der Gewerkschaften, der Bürgermeisterversammlungen, des Kreisjugendrings, der Verwaltung, der Polizei, der Fraktionen, die Fachhochschule Esslingen und der Verleger des Zeitungsverlags Waiblingen auch. Auch der Vertreter der CDU hat zugestimmt. Gefreut hat mich auch dass die Polizei Ihre Corex-Stelle nicht in Coexstelle umbenennen will. Offensichtlich sieht man bei der Poli-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 6

Öffentlich

zei diese Gefährdungslage genauso. Dann kam der Januar 2017 und dann kam der CDU-Fraktionsvorsitzende und hat den Konsens wieder in Frage gestellt. Er stimme zwar der Konzeption dazu wolle aber einen anderen Namen und die Fachbereich gleich ganz abschaffen. Lieber Herr Sczuka, wer auf eine Packung nicht drauf schreibt was drin ist, und genau das haben sie vorgeschlagen, ganz im Gegensatz zu meiner Vorrednerin, produziert schlicht eine Mogelpackung. Und wer das hochgrätig besetzten Fachbeirat für ein einäugiges Schattengremium hält und ihm liquidieren will, der entzieht der Fachstelle den Boden und beendet gleichzeitig das Projekt Partner für Demokratie des Kreisjugendrings. Denn das das Geld dafür und 45.000 Euro im Jahr kommt vom Bund und ist an die Existenz eines Fachberaters gekoppelt. Und warum das Ganze? Der Verdacht liegt nahe, dass es um Effekthascherei geht. Und dieser Mailverkehr den sie uns ja freiwillig oder unfreiwillig und Herrn Bürgermeister Jägern zur Verfügung gestellt haben belegt es ja auch.

Betroffen und gemacht und persönlich berührt hat mich die Gleichsetzung von Hakenkreuz und eines Anarchozeichens. Ich bin aufgewachsen mit einem ehemaligen KZ-Häftling. Sein Verbrechen, er hat im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco gekämpft unter dem Anarchozeichen. Das hat ihm 6 schlimme Jahre im Holocaust-Center Dachau eingebracht. Er war ein freilebender, utopischer etwas spinniger Anarchist der von einer Ordnung ohne Herrschaft träumte. Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die Bilder von Hamburg gesehen müsste. Wer seine Ideale mit dem Symbol für das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte gleichsetzt, relativiert und verharmlost die Verbrechen des Nationalsozialismus und bereitet den Boden für rechte Demagogen. Und dazu gehören zu meinem Entsetzen auch Geschichtslehrerkollegen.

Es geht heute nicht darum, ob der Rechtsextremismus mehr oder weniger gefährlich ist wie andere Formen von Extremismus. Es geht schlicht darum wie die Gefährdungslage hier und heute im Rems-Murr-Kreis ist und wenn Politik mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnt, kann ich mit Josef Wirth nur sagen:

Der Feind hier und heute steht rechts und dieser muss von allen Demokraten gemeinsam bekämpft werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 7

Öffentlich

nicht ganz ernst noch eine Information die ich Ihnen enthalten habe. Josef Wirth hat im Reichstag noch eine ebenso blühende Rede gehalten gegen das Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 und hat dann doch dafür gestimmt - aus Fraktionszwang.

Ich bin sicher, dass es heute weder bei der Nachfolgepartei der CDU noch bei der Nachfolgepartei FDP einen solchen Zwang gibt und hoffe auf eine breite Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Fachbeirates des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung. Ich danke fürs Zuhören und bin gierig drauf mit Ihnen frei zu diskutieren.“

Kreisrat **Hinderer** erklärt für die **Fraktion der Freien Wähler**,

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

keine Sorge ich gehe nicht so weit zurück in die Geschichte wie der Kollege, Herr Hestler, weil das erscheint mir doch sehr weit herbei geholt. Ich bleibe bei einer aktuellen Diskussion. Die Diskussion um die Namensgebung der Konzeption hat im Vorfeld zu heftigen Auseinandersetzungen bis hin zu persönlichen Angriffen innerhalb der etablierten Parteien geführt. Ist dies nur dem kommenden Wahlkampf geschuldet oder steckt mehr dahinter? Dabei haben doch die anwesenden Vertreter der Parteien bei der ersten Abstimmung innerhalb der Fachstelle Rechtsextremismus ihr Votum für die Beibehaltung der neuen Konzeption und der Bezeichnung einstimmig abgegeben.

Nach eingehenden Diskussionen in der Fraktion und einer Analyse der vorhandenen Zahlen und Fakten unterstützen die Freien Wähler die neue Konzeption sowie insbesondere die Bezeichnung

‘Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention’

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 8

Öffentlich

Dass der Begriff Rechtsextremismus explizit im Titel erscheint, hat unserer Meinung nach historische und tatsächliche Gründe und sollte auch unserer Ansicht nach dort verbleiben, da diese Form des Extremismus durchaus immer noch im Rems-Murr-Kreis virulent ist.

Zum einen muss festgestellt werden, dass die Fachstelle nach vielen und vor allem schweren rechtsextremistischen Straftaten um den Jahrtausendwechsel im Rems-Murr-Kreis eingerichtet wurde und seitdem bundesweit Anerkennung gefunden hat, was auch durch entsprechende Auszeichnungen zum Ausdruck gekommen ist. Dies ist der historische Hintergrund.

Nicht vernachlässigen wollen wir aber auch die tatsächliche Situation: und da muss ich Ihnen, Frau Jenner-Wanek, deutlich widersprechen. Ich weiß nicht wo Sie Ihre Zahlen her haben. Meine Zahlen lauten anders und diese habe ich von der Kriminalinspektion und diese sind auch mehrmals bei der Tagung der Fachstelle genannt worden. Während bei den linken Straftaten im R-M-K ein auf und ab innerhalb der ersten beiden Zahlendekaden festzustellen ist, befinden wir uns bei den Straftaten im rechten Bereich auf einem Niveau, das in den vergangenen drei Jahren drei bis sieben Mal so hoch war, wie Straftaten aus dem linken Bereich.

Gestatten Sie mir die Zahlen der Kriminalstatistik für die Jahre 2014 – 2016 heran zu ziehen:

Im Bereich der linken Straftaten wurden in 2014 - 18 Straftaten, 2015 - 9 Straftaten und in 2016 wieder 18 Straftaten registriert. Von der Kriminalinspektion die für den Staatsschutz zuständig ist wurde festgestellt, dass es im R-M-K so gut wie keine linke Szene gibt, die strafrechtlich auffällig ist. Diese ist eher in der Landeshauptstadt angesiedelt. Schaut man in den Bereich der Zahlen der rechten Straftaten so bewegten wir uns im R-M-K im Jahr 2014 bei 62 Delikten. Im Jahr 2015 ging die Zahl auf 69 Straftaten hoch und im Jahr 2016 wurden gar 74 Straftaten aus dem rechten Bereich registriert. Eine Szene, wie sie in früheren Zeiten im Rems-Murr-Kreis vorhanden war, konnte aktuell Gott sei Dank nicht ausgemacht werden. Dennoch ist rechtes Gedankengut offensichtlich noch vorhanden und zwar hauptsächlich in den Räumen Waiblingen und Backnang.

Wir wissen sehr wohl, dass die Zahlen im Bund und im Land teilweise anders ausgesehen haben und auch aktuell aussehen und auch in Anbetracht der aktuellen skandalösen Geschehnisse rund um den G 20 Gipfel, wo manche Politiker versuchen, die Polizei für die brutalen und menschenver-



achtenden Übergriffe von Chaoten und Verbrechern verantwortlich zu machen, muss sich unser Fokus zuvorderst auf die Geschehnisse im Rems-Murr-Kreis richten.

Die Freien Wähler trauen der Fachstelle allerdings durchaus zu, sowohl das rechte als auch das linke Auge weit offen zu haben und mit beiden Augen und Ohren auf sämtliche Formen des Extremismus zu schauen, die im Kreis unterwegs sind oder in Zukunft noch auftauchen werden. Für uns spiegelt sich eine solche Haltung im Begriff Demokratieförderung wieder, der ja in der Überschrift an erster Stelle steht. Deshalb kann und muss durch eine jährliche Evaluation eine aktuelle Ausrichtung der Arbeit der Fachstelle gewährleistet werden. Beim Thema Demokratieförderung wünschen wir uns weiterhin Informationen und Präsenz in den Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen in den Regionen, die durch entsprechende Wahlergebnisse herausstechen.

Die Freien Wähler lassen sich nicht von parteipolitischem Gezeter und Machenschaften beeinträchtigen. Die Freien Wähler unterstützen den Beschlussvorschlag!“

Kreisrat **Halder** führt die **Fraktion von Bündnis 90/Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren.

Seit 17 Jahren gibt es im Rems-Murr-Kreis die Fachstelle Rechtsextremismus.

Als einziger Landkreis leisten wir uns diese Stelle mit einer 100%-igen Besetzung. Mit ihrer hohen Beratungskompetenz in den Themenfeldern Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus ist die Fachstelle weit über die Kreisgrenzen hinaus anerkannt und hoch geschätzt. Ob in der Jugendarbeit, bei der Polizei oder in der Wissenschaft: Unsere Fachstelle ist erster Ansprechpartner, wenn es um das Thema Rechtsextremismus geht. Mein Dank geht hier an aller erster Stelle an denjenigen, der diese Stelle von Anfang an mit Leben erfüllt hat, viele Ideen eingebracht hat und die Stelle im Kreis und darüber hinaus vernetzt hat – an Gerhard Dinger.

Seine Nachfolgerin Sonja Großhans hat mit der vorliegenden 'Konzeption Fachstelle Rechtsextremismus' gezeigt, dass sie sich bereits hervorragend eingearbeitet und eingefunden hat. Diesem Konzept stimmen wir uneingeschränkt zu. Da meine Vorredner ausführlich auf die Fachstelle eingegangen sind, möchte ich mich wegen der Geschichte und der Kriminalstatistik im Rems-Murr-Kreis, im Namen der Kreistagsfraktion von Bündnis90 /DIE GRÜNEN ausdrücklich dem Antrag der Verwaltung, der Fachausschüssen und des Fachbeirates für die Namensänderung in Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention anschließen. Nun möchte ich mich den vorliegenden Anträgen der CDU und der AfD zuwenden. Unter dem Eindruck der Ereignisse im Hamburger Schanzenviertel, möchte ich, lieber Herr Sczuka ausdrücklich darauf hinweisen, dass sie dieser linksextremistischen Gewalt nicht mit einem pädagogisch wissenschaftlichen Konzept beikommen. Fast alle verübten Gewalttaten von Linksextremen gehen auf das Konto von Autonomen. Dem entgegen zu wirken braucht es eine ausreichende und gut ausgerüstete Polizei, eine gute Aufklärung in Vorfeld und konsequenter Staatsanwälte im Nachgang. Wir reden hier schlichtweg von Kriminellen. Linksextremismus ist im Rems-Murr-Kreis nicht das aktuell vorherrschende Thema. Laut der von Ihnen so gern zitierten Kriminalstatistik des Landkreises sind es nach wie vor die rechtsextremistischen Straftaten, die in der Polizeistatistik auftauchen. Daher ist der Bereich Rechtsextremismus aus unserer Sicht auch nach wie vor das wichtigste Thema, um das sich die Fachstelle kümmern muss. Hauptsächlich im Bereich der Prävention. Damit schlimme Szenen, wie im April 2011 auf einem Freizeitgrundstück in Winterbach geschehen, nie wieder Thema im Rems-Murr-Kreis werden. Daher muss 'Rechtsextremismus-Prävention' klar im Namen der Fachstelle bleiben. Ich möchte auch klar darauf hinweisen, dass wenn an eine Ausweitung der Handlungsfelder gedacht wird, dies dann auch zwingend mit einer personellen Ausweitung der Fachstelle und einer Anpassung der Konzeption verbunden sein muss. Eine reine Namensänderung ist nur Augenwischerei und wird dem gewaltbereiten Linksextremismus nicht gerecht.

Zu Antrag 2. der AfD:

Neubewertung linksextremistischer Straftaten im Rems-Murr-Kreis

Die Polizei dankt für den Hinweis und hat lange darauf gewartet von der AfD erklärt zubekommen, wie man eine Statistik führt. Jetzt mal im Ernst. Um was geht es der AfD in dem hier vorliegenden Antrag?

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 11

Öffentlich

Ganz deutlich um die Relativierung des § 86 a StGB 'Verbreitung Verfassungsfeindlicher Symbole und Kennzeichen', die sogenannten Propagandadelikte. Dieser Paragraph besteht zu Recht, denn dieser Straftatbestand ist ein klares Einstiegsdelikt in die rechtsextremistische Szene. Und es gibt wohl nichts Menschenverachtenderes als die Nazi- Symbolik, mit denen Krieg und Vernichtung gegen alle Menschen geführt wurde. Und es geht um den § 130 StGB 'Volksverhetzung' unter den die Holocaust-Leugnung fällt. Das spricht für sich.

Dieser Antrag zeigt ihren wahren Charakter und ist zurück zuweisen.

Kommen wir zu ihrem Antrag 1.

' Alle Aussagen zu streichen, die die AfD in die Nähe des Rechtstextremismus rücken'.

In der Konzeption werden schlichtweg nur Wahlergebnisse dargelegt. Die der AfD werden nur hervorgehoben, nicht kommentiert. Wie sie aus einer Wahlstatistik zu der Erkenntnis kommen, in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt zu werden, ist mir unverständlich. In der ganzen Konzeption wird die AfD in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Es gibt in der Konzeption keine Aussagen dazu. Also ist der Antrag unbegründet und ist zurückzuweisen.

Ich möchte Ihnen ergänzend etwas über AfD Mitglieder aus dem Landtag erzählen.

Herr Meuthen und sein Freund Höcke, schauen Sie sich mal die Reden von Herrn Meuthen bei den Kyffhäusertreffen der parteiinternen Organisation der 'Flügel' an. Höcke ist Mitverfasser der Erfurter Resolution und gehört zum neurechten Spektrum der AfD. Wissenschaftler attestieren Höcke, laut Wikipedia, Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und teilweise Übernahme nationalsozialistischen Gedankengutes. Höcke forderte in einer parteiinternen E-Mail Ende 2014, die §§ 86 und 130 StGB abzuschaffen. Da finden sich Ihre Anträge wieder.

Herr Gedeon. Antisemit, der sich als Antizionist bezeichnet, Sie kennen die Geschichte, die zur Spaltung der AfD im Landtag führte. Ein erwachsener Mensch verbreitet 'Die Protokolle der Weißen von Zion'. Herr Gedeon soll wohl wieder in die Landtagsfraktion der AfD aufgenommen werden. Soweit zur Distanzierung der AfD vom Antisemitismus. Parteimitglied ist er ja bei allen Auseinandersetzungen geblieben. Dazu die Landtagsabgeordnete Christina Baum, sie beschäftigt belastete NSU Unterstützer als Mitarbeiter. Wenn Sie die Aufzählung vertiefen und erweitern möchten, empfehle ich Ihnen die ehemalige AfD Abgeordnete Claudia Martin, die Ende des Jahres die AfD Fraktion verlassen hat, da sie die AfD für rechtsextrem hält und viele Beispiele aus Partei und Fraktion dazu nennen kann. Wer also bringt die AfD in die Nähe des Rechtsextremismus? Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Kreisrat **Lenk** legt für die **FDP-FW-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Zuhörer,

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass unsere Fraktion zu diesem Punkt heute überhaupt das Rederecht bekommt, sind wir doch bei den Verantwortlichen dieses Fachbeirats offensichtlich schon länger in Ungnade gefallen. So hat man uns zur Sitzung des Fachbeirats am 15.6.2016 erst gar nicht eingeladen und mit Befremden stellen wir fest, dass wir auch in der Anlage 2 zur heutigen Vorlage als einzige KT-Fraktion als Mitglieder im Fachbeirat nicht aufgeführt sind. Schlamperei oder Absicht - ich weiß es nicht.

Doch nun zur Sache selbst.

Unsere FDP/FW-Fraktion wird der in der Anlage 6 der Vorlage beigefügten neuen Konzeption der Fachstelle zustimmen und unterstützt vor allem den neuen Schwerpunkt 'Prävention'. Ich halte das besonders wichtig.

Zum Zweiten freuen wir uns über Ihre Anregung, sehr geehrter Herr Landrat, zukünftig die Fachstelle mit dem GB Kommunale Kriminalprävention zu verzahnen, so dass mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Andererseits unterstützt unsere Fraktion das Anliegen der CDU, die Fachstelle für Rechtsextremismus in 'Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention' umzubenennen. Dafür sprechen aus unserer Sicht folgende Punkte:

- Seit der Gründung der Fachstelle im Jahr 2000 und der ersten Sitzung des Fachbeirats im Jahr 2003, die ja aus rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis hervorging, hat sich die Welt was das Thema Extremismus betrifft auch bei uns grundlegend verändert. Ganz Europa stöhnt unter Terroranschlägen religiös fundamentalistisch motivierter Täter, die unsere Freiheit und unsere Demokratie im Kern erschüttern. Die grausamen und menschenverachtenden Anschläge von Brüssel, Berlin, Paris und London mit unschuldigen,

offensichtlich willkürlich gewählten Opfern sprechen für sich. Die verzweifelten Berichte von Eltern über indoktrinierte Jugendliche, die ihnen entzogen werden, um z.B. in Afghanistan zu Freiheitskämpfern im Namen Allahs ausgebildet und mit Mordaufträgen versehen bei uns wieder eingeschleust zu werden, kann uns doch nicht kalt lassen. Und niemand hier im Saal wird behaupten können, dass wir im Südwesten der Republik von all dem nicht berührt sind. Es spricht deshalb alles dafür, dass eine solche Fachstelle und der dazugehörige Fachbeirat dieser Entwicklung Rechnung tragen und sich zukünftig mit allen Facetten des Extremismus beschäftigen und dies auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen.

- Dass man sich jetzt so vehement gegen eine Umbenennung wehrt, befremdet mich auch deshalb, weil ich während meiner Zugehörigkeit zum Fachbeirat bis ins Jahr 2014 vom damaligen Fachstellenleiter Gerhard Dinger immer wieder zu hören bekam, dass er sich ganz gezielt auch mit den neueren religiös-fundamentalistisch begründeten Extremismusformen auseinandersetze und Veranstaltungen und Maßnahmen dazu plane und durchführe. Und u.a. auf meine Frage wurde uns im Zuge des Neubesetzungsverfahrens von Frau Stock ausdrücklich zugesichert, dass man zwar die Bezeichnung der Fachstelle ad hoc nicht ändern wolle, aber den Bewerbern im Bewerbungsgespräch unmissverständlich deutlich gemacht werde, dass eine Umbenennung der Fachstelle im Raum stehe und potentielle zukünftige Stelleninhaber sich darauf einstellen müssen, sich mit allen Formen des Extremismus auseinanderzusetzen. Ich gehe davon aus, dass auch Frau Großhans dies so vermittelt wurde - wenn nicht wäre das für mich eine nicht zu entschuldigende Nachlässigkeit der ehemaligen Leiterin unseres Jugendamtes.
- Und wenn man jetzt damit argumentiert, dass die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität im Rems-Murr-Kreis für die Beibehaltung des Schwerpunkt Rechtsextremismus sprechen, dann stellt sich für unsere Fraktion schon die Frage, ob religiös und links motivierte Straftaten statistisch dort auch vollständig erfasst werden. Aber noch mehr, ob dabei auch die Schwere der Straftaten eine Rolle bei der Bewertung gespielt hat. So kann man halt nicht eine Hakenkreuzschmiererei (so sehr das auch von uns verurteilt wird) mit einem Gewaltdelikt wie Sachbeschädigung oder Körperverletzung (wie z.B. jetzt am Wochenende von autonomen Linksradikalen in Hamburg hundertfach begangen gleichsetzen. Und gerade bei diesen Gewaltdelikten überwiegen nach den uns vorliegenden Zahlen deutlich die linksext-

rem oder religiös-fundamentalistisch orientierten Täter. Zudem wollen wir uns ja präventiv mit diesem Thema beschäftigen. Und wenn man sich präventiv beschäftigen will, sollte man nicht rückwärts irgendwelche Zahlen ansehen, sondern da ansetzen wo die Hauptgefahren sind. Und es wird niemand her im Saal bezweifeln, dass die Gefahren die von linksextremen oder religiös fundamentalistischen Tätern drohen, geringer sind als die von rechten. Daher ist es an der Zeit hier Änderungen vorzunehmen.

- Wie gesagt, trägt unsere Fraktion den Vorschlag, in der Neukonzeption für die Fachstelle die Demokratieförderung neben der Extremismusprävention in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, voll und ganz mit. Allerdings können wir auch diesbezüglich nicht erkennen, warum rechtsextremistische Umtriebe unsere Demokratie mehr gefährden sollen als linksextremistisch oder religiös-fundamentalistisch motivierte.
- Und bei allem Verständnis für Herrn Prof. Kurt Möller von der Hochschule Esslingen, der als ein profunder und anerkannter Rechtsextremismus-Forscher gilt, ist unsere Fraktion von dieser einseitige Ausrichtung der Fachstelle nicht begeistert, die schon an der im Anhang der Vorlage beigefügten Literaturliste ablesbar ist. So befassen sich 9 der 12 aufgeführten Quellen mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, aber nur eine einzige mit dem 'Politischen Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher' beschäftigen. Diese einseitige Ausrichtung nach rechts halten wir für überholt und nicht mehr zeitgemäß.
- Außerdem ist für die Bezeichnung einer Fachstelle, eines Beirats oder eines Ausschusses, nicht das jeweilige Gremium selbst, sondern allein der Kreistag als Ganzes zuständig und verantwortlich. Wir müssen also heute Farbe bekennen.
- Liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, spätestens seit dem Wochenende müssten aber den letzten Zweiflern die Augen aufgegangen sein. Wer im Fernsehen hautnah miterlebt hat, wie linksautonome radikale und skrupellose Gewalttäter beim G 20-Gipfel in Hamburg ohne Rücksicht auf Polizisten und Sachwerte randaliert haben, der kann heute nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Interview mit dem Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen Hubertus Knabe, der in einem Interview die Ursachen dieser links-

radikal fundierten Gewaltexzesse benennt. U.a. führt er aus 'Die Ungleichbehandlung links- und rechtsextremer Gewalt in vielen Medien und Parteien ist tatsächlich ein Problem und die öffentliche Stigmatisierung von linksextremistischen Straftaten ist deutlich schwächer als die von rechtextremistischen – leider. In den Schulen spielt das Thema Linksextremismus praktisch keine Rolle. Rechtsextremismus, National-sozialismus ja, aber nicht Linksextremismus' (soweit die interessanten Auszüge aus dem Interview mit Hubertus Knabe) und Vielleicht kann man noch aus dem Landesverfassungsschutzberichts unseres Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2016 zitieren: dieser Verfassungsschutzbericht hat in weiser Voraussicht übrigens schon vor diesen Gewalttaten in Hamburg beim G-20-Gipfel schon gewarnt. Er führt weiter aus: Bei Vorgehen dieser linksextremen müssen wir seit Jahren feststellen eine sinkende Hemmschwelle und eine zunehmende Brutalität bei der Gewalt. Dass sind alles Aussagen die uns heute nicht kalt lassen können.

Deshalb möchte ich heute nicht nur als Kreisrat, sondern auch als Geschichts-und Gemeinschaftskundelehrer abschließend an jede einzelne Kreisrätin und jeden einzelnen Kreisrat appellieren, sich dem Umbenennungsvorschlag 'Fachstelle Demokratie-förderung und Extremismusprävention' anzuschließen, auch um damit nach außen auch nur den geringsten Anschein zu vermeiden, dass wir im Rems-Murr-Kreis in Sachen Extremismus auf einem Auge blind sind. Vielen Dank !"

Kreisrat **Throm** erklärt für die **Zählergemeinschaft AfD**:

„Sehr geehrter Herr Landrat,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

'solche deplatzierten Äußerungen kann man ernsthaft eigentlich gar nicht kommentieren.' So äußerte sich Angela Merkel zu den Nazi-Vergleichen des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan. Da hat die Bundeskanzlerin ausnahmsweise Recht. Es wäre allerdings an der Zeit, dass sie sich einmal zu den in Deutschland grassierenden Versuchen äußerte, irgendwelche Parallelen zum Nationalsozialismus zu konstruieren. Ich meine damit ausdrücklich nicht das legitime Vorgehen der wehrhaften Demokratie gegen ihre Feinde: gegen diejenigen, die immer noch in den Protagonisten des NS-Unrechtsregimes ihre Vorbilder sehen. Ich meine die Nazi-Keule als politische Alltagswaffe, mit der

man Andersdenkende diffamiert und ausgrenzt, um sich nicht mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. Und diese Verwahrlosung der politischen Kultur in unserem Lande muss man sehr wohl kommentieren. In diesem Zusammenhang weise ich gleich mal diese seltsame Unterstellung des Kollegen Halder zurück. In unseren Antrag sei irgendwas zu erkennen von Relativierung von NS-Propaganda oder irgendwas in der Art. Wer diese Begründung gelesen hat weiß, wir sprechen uns nicht für die Legalisierung von NS-Propaganda aus. Ein Beispiel dafür findet sich in der inzwischen vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Konzeption der Fachstelle Rechtsextremismus. Die 'Situation von Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis' wolle man hier beschreiben, so heißt es, unter anderem in Bezug auf 'Wahlergebnisse'. Dabei sei das Abschneiden der AfD 'besonders hervorzuheben'. Wieso eigentlich?

Sie können über die AfD denken, was Sie wollen, aber Privatmeinungen dürfen keine Grundlage staatlichen Handelns sein. Belastende Aussagen über die AfD als Ganzes oder ihre Gliederungen im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg wären hier aufzuführen gewesen. Aber die würde man vergebens suchen, weil es sie nicht gibt. Hinzu kommt, dass die AfD prinzipiell keine Personen als Mitglieder aufnimmt, die irgendwann einmal extremistischen Parteien oder Organisationen angehörten. Das kann nicht jede Partei von sich behaupten. Das möchte ich deutlich sagen und kann ich Ihnen hier versichern, Straßenkämpfer und Terrorsymphisanten werden sie bei uns nicht finden.

Trotzdem ist hier eine kommunale Behörde im Begriff, die AfD an eine Art von modernem Pranger zu stellen. Dies ist ein schwerer Verstoß gegen das Gebot der politischen Neutralität der Verwaltung und gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, zu deren Wesensmerkmalen die Chancengleichheit der politischen Parteien gehört. Wer im Mittelalter am Pranger stand, war seinen Mitbürgern preisgegeben. Wenn Sie nunmehr die AfD anprangern, geben Sie die AfD Rems-Murr sozusagen zum Abschuss frei. Seien Sie sich dieser Verantwortung bewusst. Dass uns Gefahr von linksextremer Seite droht, die sich durch dieses Pamphlet bestärkt fühlen muss, das haben Mitglieder der AfD Rems-Murr bereits erfahren und hat auch die AfD-Kreistags-gruppe schon vor ihrer ersten Kreistagssitzung erahnen können. In der 'Konzeption' wird der Linksextremismus indessen systematisch verharmlost, durch die manipulative Aufbereitung statistischen Materials, wo Äpfel mit Birnen verglichen werden, und durch beschönigende, wenn nicht rechtfertigende Wortwahl ('antifaschistisch'). Einen sogenannten 'Hausbesuch' von Linksextremisten kann man aber niemandem wünschen. Das ist nicht so, als ob der Arzt käme. Mit Drohungen, Verleumdungen, Angriffen auf ihr Eigentum sollen Menschen auch hier im Rems-Murr-Kreis eingeschüchtert und von der Wahrneh-



mung ihrer bürgerlichen Rechte abgehalten werden. Leider zum Teil mit Erfolg: Nicht alle Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht, aus Angst, dass dann alles noch schlimmer wird. Mancher hat sich sogar ganz aus der politischen Arbeit zurückgezogen. Wenn sich Leute anmaßen zu entscheiden, wer seine Bürgerrechte ausüben darf und wer nicht, bekämpfen sie die Demokratie. Was gibt es denn da zu verharmlosen? Ich will doch nicht hoffen, dass hier bei einigen die berüchtigte 'klammheimliche Freude' im Spiel ist. Wir jedenfalls verurteilen Übergriffe auch dann, wenn sie sich gegen Andersdenkende richten; z. B. wenn der Geschädigte Denzinger heißt.

An linksextremer Propaganda scheint indessen niemand Anstoß zu nehmen, selbst wenn sie zu Straftaten aufruft. Wie sonst wäre zu erklären, dass im öffentlichen Raum des Rems-Murr-Kreises immer wieder Aufkleber zu sehen sind wie solche, die brennende Polizisten zeigen, versehen mit der freundlichen Ermunterung 'light the fire of change'? Wie ernst man solche Aufrufe nehmen muss, haben gerade die letzten Tage und Nächte wieder einmal gezeigt.

Das alles will man anscheinend nicht wahrhaben. Und von der islamistischen Bedrohung ist in der 'Konzeption' praktisch gar keine Rede. Nur die bösen 'Rechtspopulisten' scheinen die Multikulti-Idylle zu stören. Woran der oder die Verfasser bei dem Begriff Rechtspopulismus u. a. denken, wird klar, wenn hier von einer 'Aktualität im Jahr 2016' die Rede ist – gemeint sind offenbar die Erfolge der AfD bei den letztjährigen Landtagswahlen. Diese Erfolge, die sich gerade auch im Rems-Murr-Kreis besonders erfreulich manifestierten, werden in der 'Konzeption' so erklärt:

'Einstellungen, welche typisch für den Rechtsextremismus sind, sind auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden'. Dazu zählt man die sogenannte 'Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit', ein Kriterium, das sich linke Sozialwissenschaftler ausgedacht haben, um Teile der Gesellschaft für infam zu erklären. Man scheut sich nicht einmal, in der 'Konzeption' Christoph Butterwegge als Gewährsmann heranzuziehen, der einst wegen Linksextremismus aus der SPD ausgeschlossen wurde. Meine Damen und Herren, wollen Sie sich tatsächlich in so eine Gesellschaft begeben? Frau Jenner-Wanek ihre Rede hat mir gut gefallen, die bloße Umbenennung der Fachstelle genügt nicht. Wenn die Distanzierung vder DU Farktion om Linksextremismus mehr als eine retourische Pflichtübung wenn sie glaubhaft sein soll, können Sie diesem Pamphlet nicht zustimmen. Als ich der CDU beirat, wäre so etwas undenkbar gewesen. Das war allerdings noch zu Lebzeiten Alfred Dreggers. Gott hab ihn seelig.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 18

Öffentlich

Ganz besonders verwerflich ist die Behauptung, es gebe einen fließenden Übergang und somit keinen qualitativen Unterschied zwischen dem sog. Rechtspopulismus und dem Rechtsextremismus, zumal Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung auch von sog. Rechtspopulisten akzeptiert werde.

Wenn man die Metapher vom fließenden Übergang aufnehmen würde, wäre die AfD eine Art politischer Durchlauferhitzer, aus dem am Ende so etwas wie der NSU herauskäme. Auch solche böswilligen Unterstellungen, pseudowissenschaftlich verbrämt, können staatliches Handeln nicht rechtfertigen. In Wahrheit will man Bürger aus der Mitte der Gesellschaft an den Rand drängen oder besser gesagt in die Gosse werfen. Und in diesem Sinne will man also die Jugendlichen des Rems-Murr-Kreises indoktrinieren, möglicherweise gegen die eigenen Eltern. Wer sind denn hier die gruppenbezogenen Menschenfeinde?

Wir hatten bisher den Eindruck, dass Sie bemüht seien, jedenfalls mit uns im Kreistag als politischen Gegnern professionell umzugehen. Nun aber scheint sich etwas zu ändern. Mit der Annahme der neuen 'Konzeption' der Fachstelle würden Sie uns offiziell zu Feinden erklären.

Bitte korrigieren Sie dies, schließen Sie sich unserem Antrag an, die 'Konzeption' zu überarbeiten. Zumindest die zwei Sehfehler - auf dem linken Auge blind und mit dem rechten mehr zu sehen, als überhaupt vorhanden ist - müssen behoben werden, bevor dieses Papier zu einem offiziellen Dokument des Rems-Murr-Kreises wird. Denken Sie auch über den Tag hinaus. Niemand weiß, wie die Kreistagswahl 2019 ausgehen wird. Belasten Sie nicht ein zukünftiges Arbeitsverhältnis mit einer AfD-Fraktion mit solchen Anwürfen. Sollte die Konzeption unverändert beschlossen werden, wäre dies nicht nur moralisch ein Unrecht. Wenn der Rems-Murr-Kreis in Schulen und Jugendzentren gegen die AfD agitiert, mit-hin eine politische Partei bekämpft, gegen die objektiv nichts vorliegt, dann bewegt er sich auch juristisch auf ganz dünnem Eis.' Bitte bedenken Sie dies und lehnen Sie einen Antrag nicht gleichsam mechanisch, nur weil er von den falschen gestellt wurde."

Kreisrat **Kober** erklärt für die **Zählergemeinschaft: DIE LINKE/ÖDP**

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung,  
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 19

Öffentlich

liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

zuerst möchte ich mich im Namen DER LINKEN von den Ereignissen rund um den G20-Gipfel distanzieren. Es kann nicht sein dass ein Mob durch die Straßen zieht, randaliert und von sich aus die Polizei angreift. Das ist keine linke Politik!

Aber nun zu unserem Thema! Ich meine, Herr Sczuka betreibt die Politik der AfD um Wähler zurückzugewinnen. Aber Wähler gewinnt man nicht zurück, indem man versucht das gleiche Süppchen zu kochen. Sondern Ihnen sagt, dass Hetze gegen Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Religion, nicht weiterhilft, sondern nur die aktive Lösung der anstehenden Probleme.

Er hat seinen Antrag hier im letzten Jahr vorgebracht, und ihn mit der Mehrheit dieses Hauses an den Fachbeirat (die LINKE war damals dagegen) verwiesen. Möglicherweise ist er schlicht nicht zufrieden mit dem, was bei den Beratungen des Fachbeirates - einem Gremium in dem auch ein Vertreter der CDU sitzt - herauskam. Dort war man sich WEITESTGEHEND einig, dass es Aufgabe der Fachstelle sei, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzutreten und für Demokratie und Menschenfreundlichkeit zu werben. Und man hat sich sogar auf einen leicht geänderten Namen verständigt: 'Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention'.

'Die Begründung mit der man nun die Linksextremen herbeizerrt, halte ich auch für abgekupfert von der AfD. Die hat sich im Landtag für einen Untersuchungsausschuss zum Linksextremismus stark gemacht. Aber wer Hakenkreuze und SS-Runen mit dem in der Antifa-Szene gebräuchlichen 'Anarchozeichen' gleichsetzt - für den beides einfach nur Sachbeschädigungen sind - der hat im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst. Wie der Kollege Hestler einmal sagte, stammt das Antifa-Emblem aus dem spanischen Bürgerkrieg, wo eine internationale Freiwilligenallianz gegen den von Hitler mit Militärgewalt unterstützten Faschisten Franco kämpfte.

Nochmal zur nackten statistischen Rems-Murr-Wahrheit 2015: 79 politisch motivierte Straftaten. Hierfür haben wir aber unsere Polizei und die weiß sehr gut, wie man diesen Job machen muss! Werfen wir doch nicht alle Vorkommnisse durcheinander: Wer macht denn Brandanschläge gegen Asylbewerberheime?

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 20

Öffentlich

Wir sind wir absolut dafür, dass alles getan werden muss um 'gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit' zu bekämpfen und zu überwinden, sonst wäre ich auch nicht bei DER LINKEN. So und nun lassen wir endlich die ‚Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention‘ so ihren Job machen, was sie dies bisher gut gemacht hat. Dies hat - so wie es lief - überregional Anerkennung gefunden und wir brauchen hier nichts zu ändern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrat Dr. Nopper hebt nochmals die Bedeutung der linksextremistischen Gewalttaten beim G20-Gipfel hervor. Die Gesellschaft werde von unterschiedlichsten Formen von extremistischer Gewalt bedroht und gefährdet. Die Ausprägungen von Linksextremismus, Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus seien zwar verschieden, hätten jedoch den Kampf gegen eine offene und pluralistische Gesellschaft gemeinsam. Kreisrat Dr. Nopper führt des Weiteren aus, dass eine wehrhafte Demokratie allen Feinden entschieden entgegentreten müsse und dies nicht nur in Inhalt und Ausrichtung einer solchen Fachstelle geschehen müsse, sondern ebenfalls durch den Namen dieser Fachstelle. Es sei gerade in der jetzigen Zeit besonders nötig, ein Bündnis für Demokratie gegen Gewalt und Extremismen aller Arten zu bilden. Der Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion sei ein Vorschlag von Maß und Mitte und müsse daher in Verantwortung für eine gewaltfreie Gesellschaft unterstützt werden.

Kreisrat Fazio erklärt, dass er sich als einen Kollegen demokratisch denkender Menschen verstehe, worunter Vertreter der AfD nicht fallen würden. Er führt aus, dass er in der Namensgebung der Fachstelle keine Vernachlässigung des linken Extremismus sehe. Die Geschehnisse in Hamburg hätten mit dem Sachverhalt der Sitzung nichts zu tun, sondern es gehe um die Verletzungen von Menschen im Rems-Murr-Kreis, welche ausschließlich durch rechtsextreme Personen erfolgt sei. Er weist auf gewalttätige Vorkommnisse in Asylbewerberunterkünften und gegen Menschen anderer Nationalität hin. Kreisrat Fazio stellt fest, dass man in der derzeitigen Situation von ideologisch geprägtem Rechtsextremismus sprechen könne. Er appelliert an die Kreisräte den vorgeschlagenen Namen zu beschließen und den Fall damit zu erledigen.

Kreisrätin Häffner erläutert, dass die aus dem Innenministerium stammenden Zahlen belegten, dass die Kriminalität gegen Ausländer steige und die rechte Gesinnung stark in der Gesellschaft verankert sei. Dies sei auch durch Fachleute, die im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschuss des

Landtags Baden-Württemberg befragt wurden, bestätigt worden und als gefährlich einzuschätzen. Sie führt außerdem aus, dass viele der befragten Zeugen im Rems-Murr-Kreis lebten. Diese Menschen rechter Gesinnung seien fest in der Gesellschaft verwachsen, hätten Strukturen aufgebaut und engagierten sich beispielsweise in Gewerkschaften, Elternbeiräten oder veranstalteten sogenannte „nationale Familientreffs“. Kreisrätin Häffner betont die vom gesellschaftlich verankerten Rechtsextremismus ausgehende Gefahr und weist die daraus hervorgehende Notwendigkeit einer starken Fachstelle auf. Auch in Anbetracht der führenden Position des Rems-Murr-Kreises bezüglich rechtsextremer Strukturen sei die Bezeichnung „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ notwendig. Des Weiteren müsse man stolz sein, als einziger Landkreis eine solche Fachstelle vorweisen zu können.

Kreisrätin Brodersen kritisiert, dass die AfD die genehmigte doppelte Redezeit nicht wie vorgesehen zur Begründung ihres Antrags genutzt habe. Des Weiteren hinterfragt sie die in den Stellungnahmen genannten Zahlen und warnt davor, Fakten zu verschieben. Sie betont außerdem, dass die Fachstelle in beide Richtungen schauen werde und dies auch in der Konzeption so dargelegt sei. Der Name der Fachstelle solle jedoch aufgrund der Bedeutung des Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis dementsprechend „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ heißen. Zum Schluss appelliert Kreisrätin Brodersen an die Kreisräte, nicht so zu tun, alle würde die erste Hälfte des Namens nichts existieren.

Kreisrat Auer hinterfragt das Verhalten linker Demonstranten in Hamburg. Des Weiteren hebt er hervor, dass man verschiedene Statistikzahlen nicht immer miteinander vergleichen könne. Darauf sei im Fachbeirat hingewiesen worden. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass bei Demonstrationen nicht alle Delikte von der Polizei aufgenommen werden könnten und der Umgang mit Statistiken deshalb problematisch sei.

Kreisrat Auer betont außerdem, dass die Fachstelle Prävention betreiben solle. Dazu müsse man sich auf die Sache und nicht auf Zahlen konzentrieren. Die Rekrutierung junger Menschen laufe auf ähnliche Art und Weise ab, egal ob von rechter, linker oder ausländischer Seite initiiert. Kreisrat Auer kritisiert, dass man von Seiten der Fachstelle an Schulen Unterschiede in der Betreuung mache und teilweise ganze Themenbereiche weg lasse. Er habe im Fachbeirat darauf hingewiesen,

dies in die Konzeption aufzunehmen, was aber unterblieben sei. Kreisrat Auer stellt zum Schluss fest, dass die Veränderung des Namens der Fachstelle notwendig sei.

Kreisrat Holzwarth betont, die Gefährdung der Demokratie und der freien und toleranten Gesellschaft sowohl von extrem rechter, extrem linker und extrem religiöser Seite. Der erste Teil des Namens der Fachstelle sei völlig unumstritten, beim Teil „Rechtsextremismus“ sei jedoch die neu aufgetretene Strategie rechtsanhängiger Personen zu beachten. Diese würden sich als normale, besorgte Bürger darstellen und vorgeben, für im Grunde gute Werte einzutreten. Man müsse überlegen, ob gegebenenfalls auch Mitglieder der AfD hierzu zählen. Außerdem würden auch andere Regierungen wie z.B. die russische oder türkische versuchen, ihre Anhänger in Deutschland zu platzieren. Kreisrat Holzwarth stellt nochmals fest, dass alle Formen der Extremen gleichermaßen und insgesamt bekämpft werden müssten und es daher ein gutes Zeichen sei, die Fachstelle „Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention“ zu benennen.

Kreisrätin Medeck erklärt, dass sie den Antrag als unabhängige Kreisrätin mitgetragen habe und es aus ihrer Sicht nicht darum gehe, den Rechtsextremismus zu verharmlosen. Wie bekannt sei, sei sie im Jahre 2015 aus Überzeugung aus der AfD ausgetreten, weil sie die Richtung der Partei nicht mehr mittragen wolle. Dies würde jedoch nicht bedeuten, dass sie kein Verständnis für die Anliegen der AfD hätte. Kreisrätin Medeck spricht sich dafür aus, dass die AfD nicht in eine Ecke gestellt werden solle. In 2015 sei ein Riss durch die Partei gegangen, der sich in der Gesellschaft und auch im Kreistag bemerkbar mache. Sie bezweifle die Richtigkeit, links gegen rechts zu stellen, sondern solle man sich lieber auf die derzeitige Situation im Rems-Murr-Kreis konzentrieren. Kreisrätin Medeck spricht sich für den Vorschlag der CDU aus und erläutert, dass versucht werden sollte, alle Aspekte einzubeziehen und zwischen persönlichen Meinungen zu differenzieren. Sie wisse über die Strukturen und Organisationen Bescheid, es gehe aber letztendlich um Rechtst- und Linksextremismus und dieser sei nun mal im Rems-Murr-Kreis gegeben.

Kreisrat Jäger bezieht sich auf Aussagen der Vorredner und erklärt, dass er eine gewisse Aggression empfinde und wütend werde, wenn er bei Jugendlichen rechtsextremes Gedankengut erkenne. Diese Jugendlichen seien oft engagiert und vielversprechend. Er kenne aber auch junge Menschen, die sich in die linke Richtung orientierten. Er stimme Kreisrätin Brodersen zu, dass keine Haarspalterei zwischen den Formen der Gewalt betrieben werden sollte. Es sei jedoch genauso falsch, zwi-

schen linker und rechter Gewalt derart zu unterscheiden. Gewalt sei im Grundsatz falsch. Kreisrat Jäger äußert sich außerdem kritisch gegenüber Anschuldigungen gegen seine Person. Des Weiteren bedauere er es, dass man im Laufe der Diskussion so auseinander gedriftet sei. Letztendlich ginge es nur um einen Namen und um die unterschiedliche Auffassung der Bedeutung eines Namens. Kreisrat Jäger betont, dass offensichtlich keiner der Kreisräte linke Gewalt besser heißen würde als rechte Gewalt. Er sehe aber bei der Namensgebung die Gefahr, dass andere Formen als der Rechtsextremismus als verharmlost dargestellt oder empfunden würden. In Frage zu stellen sei die Bedeutung des Namens der Fachstelle und dessen Signalwirkung.

Kreisrätin Jenner-Wanek stellt klar, dass die von ihr genannten Zahlen aus der Backnanger Zeitung vom 22. Mai 2017 stammten und appelliert an die Kreisräte, nicht Straftaten und Gewalttaten zu verwechseln. Sie kündigt an, ihr Manuskript mit den Zahlen dem Kreistag zur Verfügung zu stellen.

Kreisrat Throm weist die in den Ansprachen der Vorredner getätigte Kritik zurück.

Kreisrat Franke führt aus, dass die Gewalttätigen in Hamburg lediglich randalieren wollten und es sei nicht von Bedeutung unter welcher politischen Strömung dies passiert sei. Er betont, dass sich von den unter dem Rechtsextremismus erfolgten Verbrechen gerade für Deutschland eine Pflicht ableiten lasse, diesen zu bekämpfen. Kreisrat Franke spricht sich dafür aus, den Namen der Fachstelle wie geplant zu belassen.

Kreisrat Ulrich stellt kurz die Position der Freien Wähler dar und kritisiert die Politisierung der Namensbezeichnung der Fachstelle. Er spricht sich für die Belassung des Namens der Fachstelle aus.

Kreisrat Sczuka äußert sich kritisch zu den Aussagen der Vorredner und erläutert noch einmal aus seiner Sicht die Notwendigkeit der Namensanpassung der Fachstelle.

Kreisrat Klopfer stellt die bisher genannten Statistikdaten in Frage und verweist auf eine Drucksache des Landtages sowie den Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg. Er betont außerdem die Schwere rechtsextremer und fremdenfeindlicher Vorkommnisse im Rems-Murr-Kreis.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 24

Öffentlich

Der Kreistag lehnt den Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

Der Entwurf der Konzeption der Fachstelle Demokratieförderung soll in zwei Punkten überarbeitete werden:

- a) Streichung sämtlicher Aussagen, welche die AfD in die Nähe des Rechtsextremismus rücken.
- b) Neubewertung linksextremistischer Straftaten im Rems-Murr-Kreis.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. Der Neukonzeption der Fachstelle Rechtsextremismus wird - gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses - inhaltlich in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Der Kreistag lehnt den nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion bei 40 Nein-Stimmen und 35 Ja-Stimmen ab:

Die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird in „Fachstelle für Demokratieförderung Extremismusprävention“ umbenannt.

Der Kreistag beschließt bei 41 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

2. Die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird – gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses - in „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ umbenannt.



Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 25

Öffentlich

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen:

3. Der Teilplan D10 des Kreisjugendamtes wird entsprechend angepasst.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Kreisjugendamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 26

Öffentlich

### § 1.1

#### Geschäftsordnungsantrag AfD/Unabhängige

Der Kreistag lehnt den Geschäftsordnungsantrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

Über den nachstehenden Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige erfolgt geheime Abstimmung

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 27

Öffentlich

## § 1.2

### Antrag der AfD/Unabhängige

Der Kreistag lehnt den Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

Der Entwurf der Konzeption der Fachstelle Demokratieförderung soll in zwei Punkten überarbeitet werden:

- a) Streichung sämtlicher Aussagen, welche die AfD in die Nähe des Rechtsextremismus rücken.
- b) Neubewertung linksextremistischer Straftaten im Rems-Murr-Kreis.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 28

Öffentlich

### § 1.3

#### Neukonzeption

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. Der Neukonzeption der Fachstelle Rechtsextremismus wird - gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses - inhaltlich in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 29

Öffentlich

#### § 1.4

##### Antrag der CDU-Fraktion

Der Kreistag lehnt den nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion bei 40 Nein-Stimmen und 35 Ja-Stimmen ab:

Die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird in „Fachstelle für Demokratieförderung Extremismusprävention“ umbenannt.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 30

Öffentlich

## § 1.5

### Bezeichnung der "Fachstelle Rechtsextremismus"

Der Kreistag beschließt bei 41 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

2. Die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird – gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses - in „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ umbenannt.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 31

Öffentlich

### § 1.6

#### Teilplan D10

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen:

3. Der Teilplan D10 des Kreisjugendamtes wird entsprechend angepasst.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 32

Öffentlich

## § 2

### Sachstandsbericht zur Medizinkonzeption

#### Drucksache 2017/136

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Dr. Nickel, Rems-Murr-Kliniken, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kaufmann erinnert daran, dass der Beschluss am 18.04.2107 mit einem Vorbehalt gefasst und die Weiterentwicklung von einer Förderung durch das Sozialministerium abhängig gemacht worden sei. Die SPD-Fraktion habe damals die Vorbehaltlosigkeit gefordert, habe sich aber nicht durchsetzen können. Nun habe Sozialminister Lucha mitgeteilt, dass er dem geplanten Wachstum nicht vorbehaltlos zustimmen könne. Insofern bestehe ein Vorbehalt des Ministeriums was die Wachstumsstrategie betreffe. Deshalb frage er sich, ob man hier eine ehrliche und evidente Diskussion führe über eine Wachstumsstrategie, die beide Häuser in eine sichere Zukunft führe. Wenn auf Wachstum gesetzt werde, gebe es keine Alternative, sondern die Medizinkonzeption müsse umgesetzt werden und vom Ministerium vollständig mitgetragen werden. Wenn der Förderzeitpunkt nicht feststehe, müssten die Landtagsabgeordneten des Kreises darauf drängen, dass das Thema umgehend auf die Tagesordnung des Landeskrankenhausausschusses komme. Solange das Land nicht entschieden habe, könnten keine weiteren Entscheidungen getroffen werden.

Kreisrat Bezler kritisiert, dass das Abrechnungssystem im Gesundheitswesen nachteilig für die Kliniken sei. Dieses führe dazu, dass man sich nicht nur auf medizinisch notwendige Behandlungen beschränke, da auch ein Wirtschaftskonzept dahinter stehe. Deshalb spreche er sich dafür aus, dass auch alternative Therapien durchgeführt würden und das Patientenwohl im Vordergrund stehen müsse.

Kreisrat Gruber erklärt, die positive Antwort des Sozialministers sei, dass er sich zu den beiden Standorten bekenne, sodass es auch Geld für Schorndorf geben könne. Es gebe aber unklare Antworten, was die Bettenzahl betreffe. Er erinnere daran, dass der Medizinkonzeption zwar mit großer



Mehrheit zugestimmt worden sei, aber mit dem Vorbehalt, dass man über die einzelnen Pakete und deren Finanzierung separat abstimmen werde. Hinsichtlich des angesprochenen „Plan B“ und den vom Minister geforderten Schwerpunktbildungen sowie dem Abbau von Doppelstrukturen interessiere ihn, ob es hier bereits medizinisch überzeugende Ideen gebe.

Kreisrat Hesky merkt an, dass man es zu begrüßen sei, dass die zwei Standorte zugesichert worden seien, auch wenn diese persönlich nie als gefährdet gesehen habe. Ihm gefalle allerdings nicht, nur den Sozialminister zu verweisen, wenn man keine Zustimmung erhalte, sondern man habe gelernt, dass man sich nicht nur auf mündliche Zusagen verlassen dürfe, die es von der Vorgängerin gegeben habe. Vielmehr müsse das künftige Wachstum von schriftlichen Zusagen abhängig gemacht werden und davon, dass das Land dies mitfrage bzw. keine Kreismittel verwendet würden.

Kreisrat Dr. Ketterer bittet um Auskunft, wieviel Patienten wegen Überfüllung künftig nach Schorndorf verwiesen werden müssten. Er halte dies insbesondere für Einwohner aus dem Norden des Kreises und ältere Menschen für eine Zumutung. Auch deshalb seien die Planbetten in Winnenden extrem wichtig.

Kreisrat Fazio interessiert, wie der von Herrn Dr. Nickel angeführte Rechtsanspruch auf Erweiterung begründet sei.

Landrat Dr. Sigel nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und betont, dass die Schließung von Schorndorf ein nicht unrealistisches Szenario gewesen sei. Deshalb sei auch die Schließung der Klinik durchgerechnet worden. Deshalb sei es wichtig, dass nun Verlässlichkeit in dieser Frage bestehe. Auch er habe sich vom Sozialministerium eine vorbehaltlosere Rückmeldung gewünscht, es müssten aber auch die Startbedingungen berücksichtigt werden, da zu den ursprünglichen 550 Planbetten, zusätzlich 70 weitere mit Kreismitteln gebaut worden seien. Die Aufgabe sei nun, dass versucht werde, diese den Planbettenplan des Landes hereinzuholen. Wichtig sei, dass dies verlässlich erfolge und transparent gemacht werde, welche Auswirkungen es habe, wenn die Zielmarke für das Wachstum langsamer oder nicht erreicht werde bzw. wenn der Betten gebraucht würden, diese zu schaffen. Landrat Dr. Sigel hebt hervor, dass bei einem Defizit von über 20 Mio. Euro auch der wirtschaftliche Aspekt nicht vernachlässigt werden dürfe. Es würden aber es keine

unnötige Behandlungen oder vorzeitige Entlassungen erfolgen würden und sich die Rems-Murr-Kliniken als Krankenhäuser der Daseinsvorsorge verstehen würden.

Geschäftsführer Dr. Nickel antwortet ergänzend und betont, man beschränke sich auf die medizinisch notwendigen Behandlungen. Bei den Rems-Murr-Kliniken gebe es keine leistungsbezogenen Verträge. Diese seien inzwischen auch verboten worden. Was den Rechtsanspruch auf zusätzliche Betten betreffe, sei man weiter an einer Zusammenarbeit mit dem Ministerium an verschiedenen Stellen interessiert und nicht an einer Konfrontation. Er bedanke sich an diese Stelle nochmals bei den Landtagsabgeordneten des Kreises für ihr Engagement, was ein starkes Zeichen gewesen sei, sich gemeinsam für die Kliniken einzusetzen. Doppelstrukturen würden bei 420.000 Einwohnern benötigt, da in Spitzenzeiten bestimmte Disziplinen nicht nur von einer Klinik geleistet werden könnten und in bestimmten Fällen auch Verlegungen notwendig würden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Kreistag beschließt,

1. den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen,
2. der Empfehlung der Geschäftsführung zu folgen und nach der grundsätzlichen Zustimmung des Sozialministeriums Szenario 1 (Weiterführung der Standorte Schorndorf und Winnenden mit Sanierung Schorndorf im Bestand) umzusetzen, mit Ausnahme der im Medizinkonzept vorgesehenen externen Erweiterungen der Bettenkapazitäten am Standort Winnenden, solange keiner Ausweitung der Planbettenkapazität durch das Ministerium zugestimmt wird.
3. die Geschäftsführung zu beauftragen, die Zahl der Planbetten kontinuierlich mit dem Sozialministerium abzustimmen und im Zuge der Umsetzung des Szenario 1 sämtliche Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes auszuschöpfen.
4. die Geschäftsführung zu beauftragen, über die Abstimmung mit dem Sozialministerium zu der im Szenario 1 eingeplanten Bettenerweiterung in Winnenden zu berichten und die wirtschaftlichen Auswirkungen für den Landkreis aufzuzeigen, sollte diese Bettenerweiterung

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 35

Öffentlich

nicht, verzögert oder nur teilweise realisierbar sein.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 36

Öffentlich

### § 3

Anpassung des Betrauungsaktes für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/048

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag, den geänderten Betrauungsakt für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH (Anlage 1) zu beschließen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 37

Öffentlich

#### § 4

Erteilung eines Betrauungsaktes für die Energieagentur Rems-Murr gGmbH

Drucksache 2017/086

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/086

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Betrauungsakt (Anlage) für die Energieagentur Rems-Murr gGmbH zuzustimmen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Umweltschutzamt

**§ 5**Fortführung von Arbeitskreisen und KommissionenDrucksache 2017/090

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2017/090/1 und erläutert diese zusammenfassend. Er hebt hervor, dass der Unterausschuss Jugendhilfe vorerst beibehalten werden solle.

Kreisrat Härtner hält es angesichts der CO2-Bilanz für ein falsches Signal, dass der Arbeitskreis Klimaschutz abgeschafft werden soll.

Kreisrat Ulrich betont, dass es nicht darum gehe, die Arbeitskreis und Kommissionen einfach abzuschaffen, sondern um die Arbeit in die Kreisgremien zu tragen und diese transparenter zu machen.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, die FDP-FW-Fraktion werde zustimmen, man lege aber Wert darauf, dass externe Sachverständige künftig weiter in die Sitzungen eingeladen werden. Im Falle einer Abschaffung der Bau- und Straßenbaukommission solle weiterhin gewährleistet sein, dass Exkursionen vor Ort stattfinden würden, um die Kenntnisse vertiefen zu können.

Kreisrat Sczuka erinnert daran, dass die Thematik auf die letzte Haushaltskommission zurückgehe und begrüßt, dass die anderen Fraktionen dem Antrag der CDU-Fraktion so konstruktiv gefolgt seien. Es gehe aber nicht um finanzielle Aspekte sondern, um die Diskussion in den Gremien zu führen und die Öffentlichkeit zu beteiligen.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass wichtigen Themen, wie z.B. Klimaschutz, weiter oberste Priorität eingeräumt werden solle. Diese könnten z.B. bei einer Klausurtagung oder einer Exkursion vertieft und für alle Kreistagsmitglieder angeboten werden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Kreistag beschließt, die Arbeit der in Anlage 2 genannten Gremien die nicht fortgeführt werden, in den zuständigen beschließenden Ausschüssen fortzusetzen. Die übrigen Arbeitskreise und

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 39

Öffentlich

Kommissionen werden beibehalten.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 40

Öffentlich

## § 6

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der

a) Kreisbaugesellschaft Waiblingen mit beschränkter Haftung

b) RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH

c) RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG

Drucksache 2017/128

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den Gesellschafterversammlungen entsprechend den in der Zusammenfassung von Drucksache 2017/128 dargestellten Tagesordnungspunkten zuzustimmen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe



Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 41

Öffentlich

## § 7

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/142

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH entsprechend der Darstellung in Drucksache 2017/142 zu beschließen.

### Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 42

Öffentlich

## § 8

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH, Waiblingen

Drucksache 2017/125

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Weisung des Kreistags an den Vertreter des Landkreises, in der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH, Waiblingen, entsprechend der in der Zusammenfassung von Drucksache 2017/125 dargestellten Absicht abzustimmen.

### Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Abfallwirtschaftsgesellschaft

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 43

Öffentlich

## § 9

### Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses und des Aufsichtsrats der Kreisbaugesellschaft sowie des Aufsichtsrats der Rems-Murr-Kliniken

Drucksache 2017/140

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt im Wege der Einigung:

1. Der Jugendhilfeausschuss wird mit Herrn Pfarrer Jens-Uwe Schwab als Nachfolger von Frau Klara Merz als stellvertretendes beratendes Mitglied neu gebildet.
2. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrätin Ulrike Wittner als stellvertretendes Mitglied (Nachfolgerin von Kreisrat Harald Rienth), neu zu bilden.
3. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Frau Elke Hartung als ordentliches Mitglied (Nachfolger von Herrn Claudio Bauer), neu zu bilden

#### Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

2 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 10**Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel verabschiedet Dezernentin Tina Hülle und bedankt sich für ihr Wirken für den Rems-Murr-Kreis. Frau Hülle spricht den Mitgliedern des Kreistags ihren Dank für ihr Vertrauen und die Zusammenarbeit aus.
2. Landrat Dr. Sigel verabschiedet den bisherigen Vorsitzenden des Kreissenioresenrates, Herrn Heinz Weber und würdigt dessen ehrenamtliches Engagement. Im Anschluss heißt er die neue Vorsitzende, Frau Waltraud Bühl willkommen.
3. Landrat Dr. Sigel begrüßt die neue Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse, Frau Ines Dietze. Frau Dietze stellt sich dem Kreistag vor.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 10.07.2017

Seite 45

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert